

Zeitschrift: Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik
Herausgeber: Widerspruch
Band: 41 (2022)
Heft: 79

Artikel: Ukraine, zerrissen zwischen Ost und West
Autor: Konicz, Tomasz
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1055731>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 15.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Ukraine, zerrissen zwischen Ost und West*

Zu Beginn des Krieges um die Ukraine, als der Schock über den Größenwahn des Kremls sich gerade erst voll entfaltete, verstörte Wladimir Putin die westliche Öffentlichkeit mit bizarren Geschichtsvorträgen, in denen er Lenin und die Bolschewiki anklagte, Russland im Verlauf der Revolution furchtbare Unrecht angetan zu haben, da sie die Ukraine in ihrer derzeitigen Form faktisch erst aus historischen Territorien Russlands geformt hätten (Schwartz 2022). Putin wirkte hierbei wie ein Relikt des aggressiven, expansiven Nationalismus des 19. und 20. Jahrhunderts, der seine Gebietsansprüche immer auch mit selektiven Geschichtsinterpretationen begründete. Doch dieser scheinbare Anachronismus, der auch beim neo-osmanischen Imperialismus Erdogans zutage tritt, täuscht über dessen gegenwärtige Funktion hinweg.

Die reaktionäre putinische Geschichtsideologie, die letztlich die Ukraine als ein synthetisches Kommunisten-Konstrukt ansieht und ihr implizit die Existenzberechtigung abspricht, bildet im 21. Jahrhundert nur ein komplementäres ideologisches Moment der stummen Geschichtslosigkeit im erodierenden neoliberalen Mainstream. Das Leben in der ewigen Jetztzeit, die durch die Kulturindustrie in den Zentren des Weltsystems prolongiert wird, sodass der Erinnerungshorizont der erodierenden Mittelklasse, die sich noch Ideologie leisten kann, nur bis zum letzten Spektakel reicht, verschafft gerade dann solchen Narrativen die notwendigen öffentlichen Freiräume, wenn Kriege oder Krisen den entsprechenden ideologischen Bedarf schaffen. Aufbauend auf dieser Geschichtslosigkeit, die durch das massen-

* Stand Juni 2022

mediale «Dauerbombardement» entsteht, kann Geschichte instrumentalisiert werden – das gilt für Moskau wie für den Westen.

Deswegen steht in Kiew wie in Moskau die Traditionspflege so hoch im Kurs, da die «Erfindung von Traditionen» (Hobsbawm/Ranger 2012 [1983]), welche die Staatsbildungsprozesse seit dem 19. Jahrhundert begleitet, in beiden postsowjetischen Staaten noch nicht abgeschlossen ist. Da die Russische Föderation wie auch die Ukraine aus dem Kollaps der Sowjetunion hervorgingen, scheint es somit sinnvoll, die Genese des gegenwärtigen Krieges vor diesem historischen Zeithorizont zu beleuchten. Zudem muss die sozioökonomische Entwicklung der Ukraine, müssen die innen- und geopolitischen Strukturen, die sich in diesem «Grenzland» in den vergangenen drei Jahrzehnten herausbildeten, in den Kontext der Widerspruchsentwicklung des spätkapitalistischen Weltsystems gestellt werden. Erst dann werden die Umbrüche, Krisen und die Labilität der Ukraine voll verständlich – gerade als Teilmomente des globalen Krisenprozesses.

Die postsowjetische Ukraine

Die Ukraine hat sich, wie die meisten postsowjetischen oder postsozialistischen Staaten ohne grosse Rohstoffvorkommen, als ökonomisch kaum überlebensfähig erwiesen. Das industrielle Zentrum im Osten des Landes ist von einer kaum konkurrenzfähigen, maroden und veralteten Schwerindustrie geprägt, während der Westen weitgehend deindustrialisiert wurde. Eine Folge des Kollapses des Staatssozialismus war auch die wirtschaftliche Ost-West-Spaltung der Ukraine. Die westlichen und «proeuropäischen» Regionen des Landes stellen bis zum Ausbruch des Bürgerkrieges im Jahr 2014 dessen innere Peripherie dar, die sich vom Zusammenbruch der Sowjetunion niemals auch nur annähernd erholt hat. Der nationalistische Westen war durch Deindustrialisierung, Vereinigung, infrastrukturellen Zerfall und hohe Arbeitslosigkeit geprägt. Ohne Übertreibung kann hier von einer Region wirtschaftlich «verbrannter Erde», von einem ökonomischen Zusammenbruchsgebiet gesprochen werden. Diese innere Zerrissenheit zwischen der russisch geprägten, durch eine veraltete Schwerindustrie gekennzeichneten Ostukraine und der nationalistischen Westukraine, in der weitgehend Ukrainisch gesprochen wird, bildete die zentrale sozioökonomische Bruchlinie des Landes. Der Osten hatte ein materielles Interesse an der Integration mit Russland, der Westen konnte hingegen bei einer Westintegration auf die Öffnung des EU-Arbeitsmarktes und westliche Investitionen spekulieren.

Die ukrainische Oligarchie hatte vor 2013 jahrelang zwischen Ost und West laviert, gerade unter Ausnutzung der imperialistischen Spannungen zwischen Ost und West, um Souveränitätsverluste zu verzögern. Jedoch musste sich der damalige Präsident Wiktor Janukowitsch¹ angesichts der ukrainischen Wirtschafts- und Schuldenkrise 2013 für die Einbindung in das westliche oder das russische Bündnissystem entscheiden, um im Gegenzug für die partielle Aufgabe staatlicher Souveränität durch Kredite, ermässigte Energiepreise, Marktzugang und so weiter vor dem Staatsbankrott bewahrt zu werden.

Die Ukraine war somit spätestens 2014 eindeutig Schauplatz eines neo-imperialistischen Machtkampfes zwischen dem Westen und Russland geworden, was nicht ohne Folgen auf die oligarchische Struktur des schwachen ukrainischen Staatsapparates bleiben konnte. Die schleichende «Verwildering» des ukrainischen Staates, der ein Machtmittel und eine Versorgungsinstanz konkurrierender oligarchischer Seilschaften war, beschleunigte sich mit dem Ausbruch des Bürgerkrieges und der militärischen Intervention. Die in weiten Teilen der Peripherie des kapitalistischen Weltsystems bestehende Krisentendenz zur Entstaatlichung, zum Kollaps von Staatsapparaten, zeichnete sich in der Ukraine seit 2013/14 deutlich ab. Diese Instabilität des in endlosen Oligarchenkämpfen zerrütteten Staates gehört zu den Voraussetzungen, die die äussere Intervention in der Ukraine erst möglich machten.

Somit spiegelt sich in dieser postsowjetischen Misere nur der globale Krisenprozess des spätkapitalistischen Weltsystems, das aufgrund eines fehlenden Akkumulationsregimes, das massenhaft Lohnarbeit verwerten würde, nicht nur in der Semiperipherie, sondern auch in den Zentren nur noch auf Pump läuft. Das «Great Game» um Eurasien gleicht somit faktisch einem Krisenimperialismus, einem Kampf gegen den krisenbedingten sozioökonomischen Abstieg, wobei die Zentren bemüht sind, ihre dominante Stellung auf Kosten der Peripherie zu halten. Es ist eine Art Kampf auf der Titanic. Deswegen nehmen die geopolitischen Auseinandersetzungen oft die Form von innenpolitischen Unruhen, Aufständen et cetera an, die erst durch die krisenhafte Destabilisierung der betreffenden Gesellschaften ermöglicht werden (Konicz 2022).

Ukraine zwischen Ost und West

Russland und der Westen nutzten diese Instabilität in ihrem Bemühen, die Ukraine in die jeweiligen Bündnissysteme einzugliedern. Für den Kreml

spielte die Ukraine eine zentrale Rolle als Teil einer Eurasischen Union, einer eigenständigen ökonomischen Grossblocks zwischen der EU und China, der auch resistenter gegenüber Krisenerschütterungen wäre. Washington und insbesondere Brüssel/Berlin ging es somit bei der Intervention 2013 vor allem darum, die Formung eines eurasischen Konkurrenzbündnisses zur EU zu verhindern. Überdies wollte Washington eine strategische Annäherung zwischen EU und Moskau verhindern, was auch die innerwestlichen Auseinandersetzungen 2013/14 erklärt (Konicz 2014). Die vom Kreml forcierte «Eurasische Union» sollte etliche Volkswirtschaften des postsowjetischen Raums in einem nach dem Vorbild der EU und Nato strukturierten transnationalen Bündnissystem zusammenschliessen. Neben Kasachstan und Belarus sollte diese Union insbesondere die Ukraine umfassen. Hierdurch wäre der EU, die sich längst angewöhnt habe, den Osten als ihren Hinterhof zu betrachten, ein ernsthaftes Gegengewicht erwachsen, wie die *Wiener Zeitung* im Frühjahr 2013 anmerkte:

«Die ‹Eurasische Union› wäre der russische Wirtschaftsblock zwischen dem ‹Westen› und China. Und mächtiger als die EU, denn Russlands Militär würde wohl eine gemeinsame Sicherheitspolitik anführen. Dieser Arm fehlt der Europäischen Union völlig. Mit einer voll ausgebildeten Eurasischen Union wäre die EU – auf Basis der jetzigen Warenströme – bei etlichen Rohstoff- und Energiesparten von Moskau abhängig. [...] Auf Basis all dieser Informationen versuchte die EU, die Ukraine mit einem Assoziierungsabkommen auf ihre Seite zu ziehen. Leider sagte Brüssel davon kein Wort.» (Göweil 2014)

Zur Erinnerung: 2013, mitten in der Eurokrise, war die Ära, in der der damalige deutsche Finanzminister Schäuble die Eurozone mittels rabiater Austeritätsprogramme in einen preussischen Kasernenhof verwandelte, um die Dominanz Berlins in «seiner» Währungsunion zu zementieren (Konicz 2015). Den drangsalierten Staaten der südlichen Peripherie der Eurozone, etwa dem von Wolfgang Schäuble in die Depression getriebenen Griechenland, sollten auch strategische Alternativen zur deutschen EU genommen werden. Deswegen waren sowohl Berlin wie auch Washington daran interessiert, die «Eurasische Union» Moskaus mittels einer Intervention in Kiew zu verhindern.

Ohne das sozioökonomische Potenzial der Ukraine blieb dieses russische «Prestigeprojekt» nicht realisierbar, der Kreml kann sich auch künftig nicht auf Augenhöhe mit der EU bewegen. Neben diesem zentralen strategischen Motiv spielen auch militärische und wirtschaftliche Überlegungen bei der Intervention des Westens eine Rolle. Die Ukraine verfügt über aus-

gezeichnete landwirtschaftliche Nutzflächen, zudem kann der Westen des Landes aufgrund des niedrigen Lohnniveaus zu einer «verlängerten Werkbank» westlicher Konzerne umgebaut werden. Ein Beitritt der Ukraine zur NATO käme schliesslich einer schweren militärischen Niederlage Russlands gleich, das nun einen «Pufferstaat» zum westlichen Militärbündnis verlieren würde.

Für Russland stellt die Auseinandersetzung um die Ukraine somit eine letzte Chance dar, auch zukünftig den Status einer imperialen Grossmacht einzunehmen. Ohne die Ukraine sei Russland «kein eurasisches Reich mehr», bemerkte etwa der US-Geopolitiker Zbigniew Brzezinski in seinem geopolitischen Klassiker *The Grand Chessboard* (1997). Der «Verlust» der Ukraine käme für den Kreml somit einem geopolitischen Super-GAU gleich, der die machtpolitischen Ambitionen Putins zunichthemachen würde. Der imperiale russische Traum ist nun ausgeträumt, stattdessen muss Russland um seinen Status als Grossmacht kämpfen, da der Westen sich anschickt, seinen Einfluss dort dauerhaft zu etablieren, wo bislang nur deutsche Panzerverbände kurzfristig vorstossen konnten.

Der geopolitische und militärische Kampf um die Ukraine muss aber auch als Teil des globalen Hegemonialkampfes zwischen den USA und China begriffen werden, die gerade aufgrund der ökonomischen wie ökologischen Krise des gesamten kapitalistischen Weltsystems zunehmend in die Konfrontation getrieben werden. Der Westen versus Eurasien – auf diesen Nenner lässt sich der gegenwärtige globale Hegemonialkampf bringen, wobei die imperialistischen Lager bemüht sind, die Grenzen ihrer Einflussgebiete zu erweitern. Die absteigenden USA sehen China samt einer eurasischen Allianz als die zentrale Bedrohung ihrer erodierenden Hegemonie an. Den USA geht es bei der Intervention in Kiew folglich darum, das eigene, über den Atlantik wie Pazifik möglichst weit hinausgreifende Bündnissystem zu festigen. Wo wird die Ukraine – oder das, was von dem Land übrigbleiben wird – seinen Platz finden? In einer eurasischen Allianz mit Russland und China, oder im Bündnissystem des Westens?

Die Ukraine ist somit buchstäblich zum Schlachtfeld eines imperialistischen Krieges geworden, wobei die Frontverläufe auch innerhalb des Westens in Bewegung sind. Die USA etwa bemühen sich durch eine Eskalationsstrategie in der Ukraine, die deutsch dominierte EU, die seit der Trump-Ära (2017 bis 2021) verstärkt als eigenständiger Akteur agieren will, wieder fest in ihrer Einflusssphäre zu verankern. Gerade im Gefolge des prowestlichen Umsturzes in Kiew wurde Anfang 2014 deutlich, dass Berlin als eigenständiger geopolitischer Akteur tätig ist und sich keinesfalls von Washington seine

Politik vorschreiben lässt. Westliche Übereinstimmung herrschte 2013/14 noch beim Bemühen, die Ukraine aus der geplanten russischen Wirtschaftsunion herauszulösen. Deutschland baute damals vermittels der Konrad Adenauer Stiftung die Klitschko-Partei UDAR auf, die auf einen Machtwechsel per Neuwahl setzte und während der Kämpfe um den Maidan schnell mit radikaleren, US-gesponserten Kräften in Konflikt geriet (Blome/Gebauer 2013). Das berühmte «Fuck the EU» der US-Diplomatin Victoria Nuland, veröffentlicht als Mitschnitt eines Telefongesprächs auf dem Höhepunkt der Krise, gibt gerade diese innerwestlichen Differenzen wieder (Nuland/Pyatt 2014).

Die wechselnde geopolitische Ausrichtung der Ukraine, die sich während dieses jahrelangen neoimperialen Great Game zwischen Eurasien und Ozeanien vollzog, widerspiegelt sich buchstäblich in ihrer Handelsbilanz (Griess 2014). Die enge ökonomische Verflechtung zwischen den postsowjetischen Staaten Russland und Ukraine wichen unter dem prowestlichen Präsidenten Juschtschenko (2005–2010, damals noch vom Unternehmer und Politiker Poroschenko finanziert) einem höheren Anteil der EU an dem Handelsvolumen des osteuropäischen Landes, während in der Regierungszeit Janukowitschs (2010–2014) wiederum der Handel mit Russland wichtiger wurde. Erst nach dem Umsturz 2013/14 und der Annexion der Krim durch Russland fand eine dauerhafte ökonomische Abkopplung zwischen beiden postsowjetischen Ländern statt.

Am Vorabend des Krieges

Russland lief somit die Zeit davon, da die West-Einbindung der Ukraine, desjenigen Landes, das von Moskau als wichtigster Bestandteil der postsowjetischen Einflusssphäre betrachtet wird, irreversibel zu werden drohte. Die russische Annexion der Krim samt dem folgenden Bürgerkrieg im Osten hatte eine weitere Folge für die ukrainische Innenpolitik: Die Balance zwischen nationalen und russophilen Kräften in der Ukraine ist nicht mehr gegeben. Die politische Zweiteilung der Ukraine in einen prorussischen Osten und einen nationalistischen Westen, die sich seit den 1990er-Jahren in den entsprechenden Machtwechseln zwischen ostukrainischen und prowestlichen Oligarchenclans manifestierte, ist somit einseitig zugunsten des westukrainischen Nationalismus aufgelöst worden.

Die Zweiteilung der politischen Landschaft der Ukraine in ost- und national orientierte Kräfte ist somit schon vor Kriegsausbruch im Februar 2022 zugunsten des Nationalismus aufgekündigt worden. Moskau sah sich folglich seiner nichtmilitärischen Einflussmöglichkeiten in der Ukraine be-

raubt, nachdem der prorussische ukrainische Oppositionsführer Wiktor Medwedtschuk, ein enger Vertrauter Putins, 2021 wegen «Hochverrats» verhaftet und drei russischsprachige Fernsehsender verboten wurden.

Die autoritären, nationalistischen Bestrebungen in der Ukraine unter Präsident Wolodymyr Selensky wurden im Westen bezeichnenderweise kaum wahrgenommen, während in Moskau sich das Gefühl breitmachte, dass die Ukraine der russischen Einflusssphäre endgültig entgleiten werde: ökonomisch, durch die Einbindung in die EU, politisch, durch die Repression gegen prorussische Kräfte. Die Auseinandersetzungen um den Nato-Beitritt der Ukraine bildeten sozusagen das finale Moment des Abdriftens der Ukraine.

Der Westen war nicht mehr gewillt, die russische Einflusssphäre im postsowjetischen Raum zu tolerieren, während EU und Nato sich anschickten, ihren Einfluss dort dauerhaft zu etablieren. Genau diese klassische «Einflusszone», wie sie etwa auch die USA in der westlichen Hemisphäre, oder die BRD in Mittelost- und Südosteuropa beansprucht, wollte der Westen Moskau nicht mehr zugestehen (Konicz 2015). Für Berlin oder Washington war Moskau keine gleichberechtigte Grossmacht mehr. Bei den monatelangen Verhandlungen im Vorfeld des Krieges wollten weder Washington noch Berlin eine künftige Mitgliedschaft der Ukraine in der Nato ausschliessen. Sie signalisierten Kiew deutlich ihre Aufnahmebereitschaft in die Nato – doch zugleich schloss der Westen eine direkte militärische Intervention in dem sich deutlich abzeichnenden Konflikt aus. Moskau und Kiew wurde somit der Expansionswill der Nato im postsowjetischen Raum signalisiert, ohne dass Beistandsgarantien für Kiew im Fall eines daraus resultierenden Konflikts gegeben wurden.

In dieser Hinsicht kann eindeutig eine Mitschuld des Westens an diesem Krieg konstatiert werden. Ob es sich hierbei um eine Fehlkalkulation handelte oder ob der Konflikt bewusst provoziert wurde, um Russland in der Ukraine «weissbluten» zu lassen, wie die blitzschnelle und massive Militärhilfe nahelegt, bleibt vorerst Spekulation. Russland führt somit eindeutig einen imperialistischen Angriffskrieg in der Ukraine, doch kann dieser durchaus als «provozierter» Angriffskrieg bezeichnet werden, da der Westen keine ernsthaften Schritte unternahm, um die russischen Forderungen nach Neutralitätsverpflichtungen der Ukraine zu erfüllen (Aleem 2022). Hätte Putin trotz solcher Neutralitätsversprechen die Ukraine angegriffen? Wir werden es nie erfahren.

Kampf um Hegemonie und die extreme Rechte

Die Einbindung rechtsextremer Kräfte in den ukrainischen Staatsapparat und deren Einsatz im Bürgerkrieg erwies sich als ein zweischneidiges Schwert, da sie zwar die mit Abstand schlagkräftigsten Kampfformationen stellten und auch weiterhin stellen, aber zugleich ein hohes Mass an Autonomie beibehielten (Kuzmenko 2021). Die anomischen Kräfte, die der Krisenschub von 2013/14 freisetzte, wirken trotz ihrer Einbindung im Staatsapparat weiter, sodass dieser auf entscheidenden Politikfeldern kaum noch eine klare Politik formulieren kann. In den ukrainischen Kasernen marschierten schon vor Kriegsausbruch in Militäruniformen gekleidete Rechtsextreme, die die verhassten «Moskauer» mit Messern aufzuschlitzen versprachen und die den Nazi-Kollaborateur Bandera als ihren «Vater» besangen (Mayakovski 2022). Diese aus der rechtsextremen Milizbewegung hervorgegangenen Kräfte, die auch an dem Pogrom von Odessa 2014 federführend beteiligt waren, haben durchaus Einfluss und Handlungsautonomie im Sicherheitsapparat (Roussinos 2022). Schon 2019 warnte etwa Amnesty International unter Verweis auf die zunehmenden faschistischen Übergriffe im Land, dass die ukrainische Regierung die rechtsextremen Kräfte, die weit in den morschen ukrainischen Staatsapparat einsickern konnten, nicht mehr unter Kontrolle habe (Kuzmenko 2021; Rüger 2022).

Dasselbe gilt auch für die Aussenpolitik gegenüber Russland, die von den rechtsextremen Milizen der Ukraine sabotiert wurde – die extreme Rechte der Ukraine ist kompromissunfähig, wenn es um Friedensverhandlungen mit Moskau geht. Diese Blockadehaltung der militärisch schlagkräftigen ukrainischen Rechten, die auch künftige Verhandlungen erschweren dürfte, koinzidierte mit dem besagten geopolitischen Konfrontationskurs im postsowjetischen Raum, der durch die zunehmenden sozioökonomischen Krisenprozesse befeuert wurde. Evident ist dies bei der Entscheidung des Kremls zum Angriffskrieg, die einer klassischen Flucht vor inneren Verwerfungen in den Krieg gleichkommt. Es ist offensichtlich, dass die Einflussosphäre des Kremls im postsowjetischen Raum von einem raschen Erosionsprozess erfasst wurde: Im Kaukasus während des Krieges um Bergkarabach (Herbst 2020), beim Aufstand in Belarus (Sommer 2020) und zuletzt bei den blutigen Unruhen in Kasachstan (Anfang 2022) scheint das spezifische postsowjetische Herrschaftsgefüge, dessen prominentester Vertreter Wladimir Putin ist, immer deutlichere Risse aufzuweisen (Konicz 2020). Der imperiale Anspruch des Kremls kollidierte somit immer stärker mit einer Realität, in der sich Moskau in der geopolitischen Defensive befindet.

Die für die extreme Rechte offenen Streitkräfte der Ukraine wurden

währenddessen zwischen 2014 und 2022 systematisch vom Westen trainiert und aufgebaut (Rogg 2022). Die ukrainische Rechte ist sich bewusst, dass sie nur deswegen vom Westen mit Waffen überschüttet wird, weil sie derzeit dessen Interessen dient. In der üblichen Taliban-Logik, wie sie in gesellschaftlichen Zerfallsprozessen um sich greift, hoffen deren Führungsfiguren schlicht darauf, dass sie im Kriegsverlauf das Heft in die Hand nehmen und ihre ideologischen Fieberträume durchsetzen werden (Karas 2022). Insofern könnte der Krieg in der Ukraine das formelle Ende des imperialistischen Stellvertreterkrieges überdauern.

Anmerkungen

1 Wiktor Janukowitsch, Ex-Präsident der Ukraine, wurde im Februar 2014 im Zuge der Maidan-Proteste gestürzt.

Literatur

- Aleem, Zeeshan, 2022: Russia's Ukraine invasion may have been preventable. www.msnbc.com/opinion/msnbc-opinion/russia-s-ukraine-invasion-may-have-been-preventable-n1290831 (Abfrage 31.7.2022)
- Blome, Nikolaus / Gebauer, Matthias, 2013: Merkel macht Klitschko fit gegen Putin. voxeurop.eu/de/merkel-macht-klitschko-fit-gegen-putin/ (Abfrage 31.7.2022)
- Brzezinski, Zbigniew, 1997: The Grand Chessboard. American Primacy and Its Geopolitical Imperatives. New York
- Göweil, Reinhard, 2014: Russlands «EU». In: Wiener Zeitung, 3.3. (online verfügbar)
- Griess, Andreas, 2014: Ukraine braucht EU und Russland. de.statista.com/infografik/1944/importe-und-exporte-der-ukraine/ (Abfrage 31.7.2022)
- Hobsbawm, Eric / Ranger, Terence, 2012 [1983]: The Invention of Tradition. Cambridge
- Karas, Yevhen, 2022: Vortrag anlässlich der «Bandera Readings». www.youtube.com/watch?v=DOBntruYCMA (Abfrage 31.7.2022)
- Konicz, Tomasz, 2022: Was ist Krisenimperialismus? In: analyse & kritik, 30.6. (online verfügbar)
- Konicz, Tomasz, 2014: Ukrainisches «Great Game». www.heise.de/tp/features/Ukrainisches-Great-Game-3364163.html (Abfrage 31.7.2022)
- Konicz, Tomasz, 2015: Willkommen in der Postdemokratie. www.heise.de/tp/features/Willkommen-in-der-Postdemokratie-3374458.html?seite=all (Abfrage 31.7.2022)
- Konicz, Tomasz, 2020: Belarus in der Sackgasse. www.heise.de/tp/features/Belarus-in-der-Sackgasse-4876428.html (Abfrage 31.7.2022)
- Kuzmenko, Oleksiy, 2021: Far-Right Group Made Its Home in Ukraine's Major Western Military Training Hub. www.illiberalism.org/far-right-group-made-its-home-in-ukraines-major-western-military-training-hub/ (Abfrage 31.7.2022)
- Mayakovski, Daniel, 2022: twitter.com/Dani-Mayakovski/status/1497695668323991554 (Abfrage 31.7.2022)
- Nuland, Victoria / Pyatt, Geoffrey, 2014: Ukraine crisis. Transcript of leaked Nuland-Pyatt call. www.bbc.com/news/world-europe-26079957 (Abfrage 31.7.2022)
- Roussinos, Aris, 2022: The truth about Ukraine's far-Right militias. unherd.com/2022/03/the-truth-about-ukraines-nazi-militias/ (Abfrage 31.7.2022)
- Rüger, Johannes, 2022: Regierung hat Rechts-extreme nicht unter Kontrolle. www.amnesty.de/informieren/amnesty-journal/ukraine-regierung-hat-rechtsextreme-nicht-unterkontrolle (Abfrage 31.7.2022)
- Rogg, Jeff, 2022: Op-Ed. The CIA has backed Ukrainian insurgents before. Let's learn from those mistakes. In: Los Angeles Times, 25.2. (online verfügbar)
- Schwartz, Michael u. a., 2022: Putin Calls Ukrainian Statehood a Fiction. History Suggests Otherwise. In: The New York Times, 21.2. (online verfügbar)

